

Wie weiter ?

DIE LINKE vertritt ein soziales, ökologisches und regionales Energiekonzept.

Für die Energiewende

Sofortprogramm für den massiven Ausbau erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein, inklusive Anpassung der Netze auf die neuen Anforderungen

Steigerung der Energieeffizienz in Schleswig-Holstein

Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien in Schleswig-Holstein

Für den Atomausstieg

Im- und Exportsverbot sowie Nutzungsverbot für alle Technologien und Produkte, die der Atomtechnologie für militärische Zwecke oder zur Energiegewinnung dienen

Stilllegung aller drei Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein – sofort und unumkehrbar

Für die Senkung von Emissionen

Kein Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein

Verbot der Speicherung von CO₂ im Untergrund der Bundesrepublik

Für soziale Gerechtigkeit

Bereitstellung von Stromversorgung für alle Haushalte als Teil einer öffentlichen Daseinsvorsorge in Schleswig-Holstein

Sozialtarif für Erwerbslose und Niedrigverdienende in Schleswig-Holstein

Flächendeckend tarifliche Entlohnung im Energiesektor, Sicherstellung gewerkschaftlicher Rechte

Für demokratische Kontrolle

Rückführung der Stromnetze in die öffentliche Hand

Organisation der schleswig-holsteinischen Energieversorgung in dezentralen Einheiten unter Bürgerbeteiligung

DIE LINKE schaltet ab

Vollständiger Atomausstieg bis 2014
- wie kann das aussehen?

Elf der 17 Atomkraftwerke in Deutschland können sofort stillgelegt werden ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Die verbleibenden sechs Atomkraftwerke können schrittweise bis Ende 2014 abgeschaltet werden. Der Strom aus diesen Kraftwerken wird durch planmäßig ans Netz gehende Anlagen ersetzt.

Atomausstieg ins Grundgesetz

Damit der Atomausstieg unumkehrbar wird, muss er in der Verfassung verankert werden.

Klimaschutz und Atomausstieg

Ein frühzeitiger Atomausstieg führt zu einer vorübergehenden Erhöhung der jährlichen CO₂-Emissionen im Stromsektor. Der schnellere Ausbau erneuerbarer Energien macht diesen Anstieg aber in den Jahren nach 2020 wieder gut und führt langfristig zu einer Senkung der Emissionen.

Atomausstieg schafft Arbeitsplätze

Die Energiewende und ein unverzüglicher Atomausstieg werden positive Beschäftigungseffekte haben. Schon heute arbeiten rund 340.000 Menschen im Erneuerbaren-Energie-Sektor.

DIE LINKE.

Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

DIE LINKE. Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
V.i.S.d.P.: Ranka Prante
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel.: 0431-988 1600 - info@linke.ltsh.de - linksfraktion-sh.de

Schleswig-Holstein: Erneuerbar statt atomar!

Abschalten und Umbauen mit DER LINKEN.

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag



Erneuerbar, Regional, Sozial

Erneuerbar statt atomar - Abschalten und Umbauen mit der LINKEN

Spätestens seit dem großen Atomunfall in Japan ist allen klar: Atomkraft ist eine unhaltbare Technologie. Die schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf stehen fast täglich auf Grund von meldepflichtigen Ereignissen, rechtlichen Zweifeln an der Betriebsgenehmigung oder erhöhten Krebsraten rund um die Atomkraftwerke in den Schlagzeilen. Jetzt gilt es, sich ohne weitere Verzögerung für einen sofortigen Ausstieg einzusetzen – und das mit konkreten Alternativen.

Für DIE LINKE ist klar:

Die schleswig-holsteinische Energieversorgung der Zukunft ist erneuerbar, regional und sozial!

Erneuerbar, regional, sozial – die Energieversorgung der Zukunft

Warum erneuerbar?

Wind-, Wasser-, Solarenergie sowie Bio- und Geothermie sind gut entwickelte Alternativen zu den emissionsstarken fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas.

Und die Energiewende ist nötig, denn fossile Energien sind nicht nur endlich sondern auch schädlich: Treibhausgase wie CO₂ sind Auslöser des Klimawandels, der bereits heute weltweit stark negative Auswirkungen hat. Ausgestoßen werden diese Stoffe größtenteils im Zusammenhang mit Industrie, Verkehr und Energieversorgung. Schleswig-Holstein bietet auf Grund seiner Beschaffenheit unter anderem als windreiches Land zwischen zwei Meeren die besten Voraussetzungen für den Einsatz von erneuerbaren Energien.

Trotzdem lag in Schleswig-Holstein der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieaufkommen im Jahr 2009 bei nur 15,1 Prozent!

Warum regional?

Die Entscheidung über zukünftige Energieversorgung sollen die Menschen vor Ort treffen, dafür schlagen wir ein Modell der regionalen und gesellschaftlichen Kontrolle vor. Nur eine Energieerzeugung in kleinen, dezentralen und demokratisch kontrollierten Einheiten, kann den Bedürfnissen vor Ort gerecht werden. Bundesweit kamen 2009 schon rund 10,3 Prozent des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Dieser Anteil ist jedoch in den letzten Jahren kaum gestiegen. Lediglich 3,9 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen werden von den vier überregionalen Konzernen Vattenfall, RWE, EON und ENBW hergestellt.

Der Großteil der Unternehmensgewinne kommt also weiterhin aus Atom- und Kohlekraft.

Die Gewinnspanne bei Großkraftwerken ist kurzfristig am größten, wenn sie bereits abgeschrieben sind. Deshalb fehlen Neuinvestitionen in zukunftsfähige Technologien. Bei den Laufzeitverlängerungen ging es um eine Erhöhung beziehungsweise Verlängerung dieser Gewinne, was zu einer Verzögerung der Energiewende führte.

Aus privatwirtschaftlicher Sicht ist das nachvollziehbar – gleichzeitig macht es deutlich, dass die Energieversorgung in die öffentliche Hand gehört. Leider sind viele öffentliche Unternehmen mittlerweile auch unter Profitzwang gestellt.

Vielerorts sind regionale Stadtwerke und Netze von den Großkonzernen übernommen worden – verbunden mit starken Preissteigerungen. Oft kann das durch Rekommunalisierung auf Ebene der Kommunen rückgängig gemacht werden. Dies kann zum Beispiel über Bürgerinitiativen vorangetrieben werden.

Jede/r kann also aktiv werden!

Quelle: Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Greenpeace 2010

Erneuerbar und sozial – wie ist das vereinbar?

In der Diskussion um die Energiewende wird angeführt, Atom- und Kohlekraft seien billiger, erneuerbare Energien würden sehr viel mehr kosten.

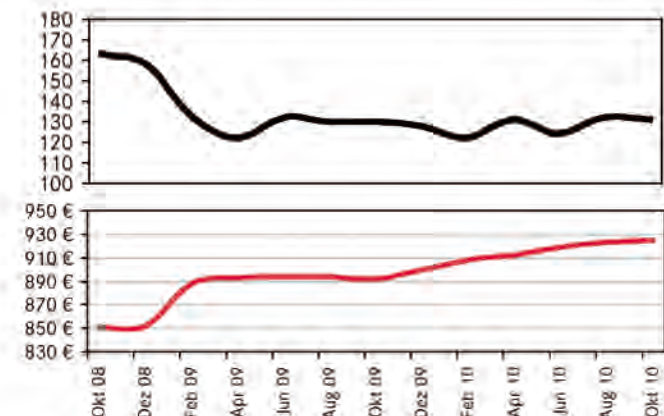
Tatsächlich ist der Strompreis für die Verbraucher und Verbraucherinnen in den letzten 20 Jahren massiv gestiegen, zu Gunsten einer höheren Gewinnspanne für die Konzerne. Durch die Einführung einer wirksamen und handlungsfähigen Strompreisaufsicht kann das in Zukunft verhindert werden.

Trotz der massiven Gewinne wird jährlich 800.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, weil sie ihre Rechnung nicht mehr bezahlen können.

Ohne Strom ist es kaum möglich, an der Gesellschaft teilzuhaben, dieser Ausschluss aus der Gesellschaft verletzt Grundrechte.

Wir sehen die Landes- und Bundesregierung in der Pflicht, die öffentliche Daseinsvorsorge bereitzustellen. Dazu gehört auch die Stromversorgung aller Haushalte.

Vergleich Entwicklung der Einkaufspreise auf dem Erzeugerpreisindex (oben) und Höhe der Stromrechnung (unten)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Stromrechnung bezogen auf Musterhaushalt